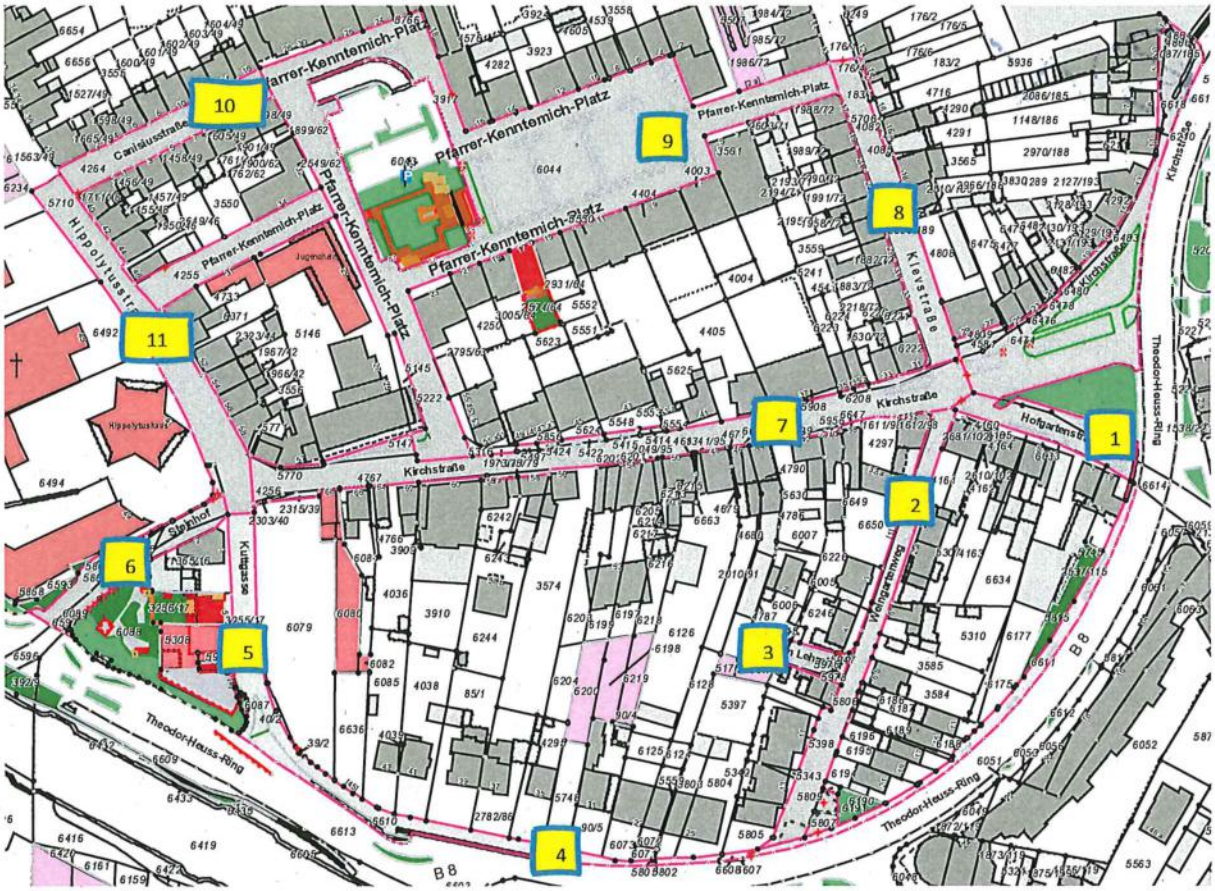
Bereitstellungstag: 23. April 2026

Öffentliche Bekanntmachung

nachfolgender

Widmungsverfügungen

Gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.1995 (SGV.NRW.91) werden die nachfolgend aufgeführten Straßen, Wege und Plätze je als Gemeindestraße ohne Beschränkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet, die Widmung erstreckt sich jeweils über die im beigefügten Lageplan (Anlage 1) dargestellten Verkehrsflächen. Der Übersichtsplan ist Bestandteil dieser Widmungsverfügung.



1.) Hofgartenstraße 1-9
2.) Weingartenweg
3.) Am Lehmhof
4.) Theodor-Heuss-Ring Geh- und Seitenweg Haus Nr. 27-45
5.) Kuttgasse
6.) Steinhof
7.) Kirchstraße
8.) Klevstraße
9.) Pfarrer-Kenntemich-Platz
10.) Canisiusstraße
11.) Hippolytusstraße 41-47

Durch die förmliche Widmung erhalten die Verkehrsflächen die Eigenschaften einer 'öffentlichen' Straße im Sinne des Straßen- und Wegerechts.
Die Pläne und Widmungsunterlagen können nach Terminvereinbarung im Rathaus Troisdorf, Kölner Straße 176, Zimmer 404 eingesehen werden.

Die öffentliche Bekanntmachung dieser Widmungsverfügungen wird durch die Bereitstellung im Internet (www.troisdorf.de) vollzogen. Auf die erfolgte Bereitstellung der öffentlichen Bekanntmachung und die Internetadresse wird im wöchentlich erscheinenden Rundblick, Ausgabe Troisdorf, als Amtsblatt der Stadt Troisdorf, nachrichtlich hingewiesen.

Die Bekanntmachung vorstehender Widmungsverfügungen wird hiermit angeordnet; mit der Bekanntmachung wird die jeweilige Widmungsverfügung wirksam.

Troisdorf, den 07.04.2026
Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister

B.W

Alexander Biber
Bürgermeister

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die jeweilige Widmungsverfügung kann vor dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, binnen eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.
Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden.